



Foto: Peter Münzel

Die Geschichte hinter dem Straßennamen

Folge 5, zweiter Teil: Willy-Brandt-Straße

In der letzten Ausgabe beschrieb ich den ersten und weniger bekannten Teil des Lebens von Willy Brandt alias Herbert Frahm, der aber von dramatischen Wendungen und zum Teil lebensgefährlichen Begebenheiten geprägt war. Lesen Sie nun die Fortsetzung.

Als Otto Suhr, ebenfalls früherer Widerständler und vor den Nazis geflüchtet, 1955 vom Präsident des Abgeordnetenhauses zum Regierenden Bürgermeister 'aufstieg', übernahm Willy Brandt dessen Amt als Hausherr. Der SPD-Landesvorsitzende Franz Neumann, der 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD verhindert hatte, sah seinen Stuhl wackeln und versuchte vehement aber vergeblich, den innerparteilichen Aufstieg Brandts zu verhindern. Als Suhr zwei Jahre später turnusmäßig für ein Jahr Bundesratspräsident geworden wäre, starb er mit 63 Jahren, acht Tage vor der Amtsübernahme, an Leukämie. Daraufhin wurde der jährliche Amtswechsel vom 7. September auf den 1. November verschoben (was auch heute noch gilt), und Willy Brandt, der als Suhrs Nachfolger als Regierender Bürgermeister in das Rathaus Schöneberg einzog, war automatisch sofort auch Bundesratspräsident (und schied vorläufig aus dem Bundestag aus). Die Große Koalition, die Suhr trotz absoluter Mehrheit wegen der krisenhaften Situation West-Berlins gebildet hatte, setzte Brandt fort.

Brandt, der selbst wenig elterliche Zuwendung erfahren hatte, konnte zwar auch zu seinen Kindern nie eine innige Beziehung aufbauen, gab jedoch der Politik eine menschliche Dimension: „Der Tag wird kommen, an dem das Brandenburger Tor nicht mehr an der Grenze liegt, an jener Grenzlinie, die mitten durch unsere Familien geht, die das Volk zerreißt, die unser Berlin aufspaltet. Bis jener Tag kommt, bitten wir, rufen wir, fordern wir: Macht das Tor auf! Macht Schluss mit der widernatürlichen Spaltung!“ So sprach er vor 700.000 Menschen am Reichstag, die gegen ein Ultimatum von Sowjet-Diktator Nikita Chruschtschow demonstrierten, mit dem die Sowjets 1958 den Abzug der West-Alliierten aus West-Berlin erzwingen wollten – nach der Blockade 1948 ein weiterer Versuch, West-Berlin mal wieder zu vereinnahmen. Immerhin betrieb Chruschtschow für Sowjetverhältnisse eine Politik der Entspannung und war zwar noch als Stalinist durch brutale Intrigen an die Macht gekommen, kritisierte später aber den Personenkult um Stalin und den damit verbundenen Massenmord und ließ überlebende politische Häftlinge frei. Doch auch Chruschtschow setzte seine Macht mit Mord und Totschlag durch und hatte unter anderem 1956 in Ungarn Freiheitsbestrebungen der Bevölkerung mit Panzern der Roten Armee blutig niederschlagen lassen.

Dass das Chruschtschow-Ultimatum in den Wahlkampf fiel, wusste Brandt zu nutzen, um erst recht öffentlichkeitswirksam seinen Freiheitswillen zu formulieren. Durch klare Worte („das ist untragbar“) und entschlossenes Auftreten, z. B. mit Forderungen nach Lockerungen an den Ost-Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert jr., erlangte er schnell Popularität, so dass die Berliner SPD 1958 ihre absolute Mehrheit ausbaute und Brandt zum Landesvorsitzenden wählte. Das

alles beherrschende Thema war nicht mehr der Wiederaufbau, sondern die Überwindung der immer schmerzhafteren Abspaltung der beiden Teile Deutschlands bzw. Berlins. Brandt ließ von Anfang an keinen Zweifel, dass eine Wiedervereinigung sein oberstes Ziel war, und sprach von „empörendem Unrecht“ und von enger Verbundenheit „mit unseren Mitbürgern in Ost-Berlin und mit unseren Landsleuten in der Zone“. Nicht zuletzt solche Reden werden heute als Beginn der Entspannungspolitik angesehen. Noch sah es nicht danach aus, als hätten West-Berliner Politiker allzu großen Einfluss darauf, denn das Sagen hatten hauptsächlich – vor allem im Osten – die alliierten Besatzungsmächte, und obwohl Stalin seit fünf Jahren tot war und im Ostblock eine „Entstalinisierung“ im Gange war, hatten in Ost-Berlin nur Politiker eine Chance, die sich zu Marionetten des Sowjetapparates machen ließen. Doch auch die U.S.-Regierung nahm großen Einfluss und verhinderte 1959 ein Treffen zwischen Brandt und Chruschtschow – eine peinliche Situation für Brandt, als Bürgermeister einer „halben Stadt“ eine Einladung des Regierungschefs des größten Landes der Welt nicht annehmen zu dürfen. Brandt warnte bereits zu dieser Zeit, der DDR-Führung könnte eines Tages nichts anderes übrig bleiben, als auf die immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen mit einem Abriegeln der Grenzen zwischen Ost und West zu reagieren. Er benutzte als Vergleich das Bild der Chinesischen Mauer. Wahrscheinlich wusste Brandt nicht, dass die DDR-Regierung genau dies bereits seit 1951 plante – und dafür den Geheimnamen „Projekt Chinesische Mauer“ verwendete.

Als im Januar 1961 der 43-jährige John-F. Kennedy nach einem ungewohnt volksnahen Wahlkampf den U.S.-Präsidenten Dwight D. Eisenhower ablöste, war der nur drei Jahre ältere Willy Brandt beeindruckt – und ebenso sein junger Wahlkampfleiter Klaus Schütz, der sich bzw. Brandt davon eine Scheibe abschnitt und für Brandt das Wort „Kanzlerkandidat“ erfand.

Nachdem einerseits das Chruschtschow-Ultimatum ohne Wirkung geblieben war und andererseits der Strom von Flüchtlingen vom Osten in den Westen Deutschlands bzw. Berlins immer weiter answoll, griff der ungeduldige Chruschtschow, berüchtigt unter anderem durch einen legendären Wutanfall, bei dem er 1960 angeblich mit seinem Schuh auf das Rednerpult eingeschlagen hatte, nun zu einem brutalen Mittel, das die Welt veränderte: dem Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961. Dieser fiel mitten in den Bundestagswahlkampf, was Brandt zur Äußerung veranlasste, DDR-Staatschef Walter Ulbricht wäre „ein Kettenhund, dem die Sowjetunion ein Stück Leine gelassen hat“.

Brandt forderte den seit 1949 regierenden, 85-jährigen Konrad Adenauer heraus. Dieser bezeichnete seinen Gegner im Wahlkampf als „Brandt alias Frahm“, womit er offiziell nur auf dessen Zeit im Exil anspielte, die Bevölkerung aber subtil auch an Brandts uneheliche Herkunft erinnerte, was in der konservativen Nachkriegszeit durchaus noch Wähler beeinflussen konnte – als ob man für seine Herkunft etwas könnte. Der Bundesverteidigungsminister und neu gewählte CSU-Vorsitzende

Franz Josef Strauß, der sich zu dieser Zeit vehement für eine nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik einsetzte, ging mit seinen persönlichen Angriffen gegen Brandt noch weiter und stellte ihn wegen seines Auslandsaufenthalts während der Nazizeit als Vaterlandsverräter hin.

Privates Glück bescherte der Familie Brandt hingegen der Umstand, dass Ehefrau Rut zehn Tage vor der Wahl den dritten gemeinsamen Sohn Matthias zur Welt brachte.

Die SPD verlor die Wahl, so dass Brandt zwar wieder für ein halbes Jahr Bundestagsabgeordneter wurde, jedoch hauptamtlich Regierender Bürgermeister blieb – und Adenauer Bundeskanzler. In einem Brief an U.S.-Präsident Kennedy verlangte Brandt Aktionen anstelle von Worten, hatten die Westalliierten doch der Errichtung der Sperranlagen tatenlos zugesehen – und verhielten sich aus Angst vor einem erneuten Krieg auch danach recht passiv. Schließlich waren U.S.A. und UdSSR gerade dabei, sich mit Kernwaffen- und Wasserstoffbombentests gegenseitig zu übertrumpfen.

Als Chruschtschow für Januar 1963 einen Besuch in Ost-Berlin ankündigte, signalisierte auch der durch Rückhalt in der Bevölkerung erstarkte Brandt erneut Interesse an einer Begegnung und setzte selbstbewusst noch einen drauf: „Meines Erachtens würde es ihm nicht schaden, sich die Mauer von beiden Seiten anzusehen.“ Chruschtschow ließ sich zwar nicht auf einen Besuch in West-Berlin ein, lud Brandt aber in die Sowjet-Botschaft Unter den Linden zu einem Gespräch ein, und diesmal stimmten auch die Westalliierten zu. Brandt war erleichtert, das zwei Jahre zuvor verhinderte Treffen nachholen zu können – als die Opposition ihm einen Strich durch die Rechnung machte und eine Regierungskrise vom Zaun brach: Mit der Begründung „mit Gefängniswärtern verhandelt man nicht“ drohten die CDU-Senatoren geschlossen mit ihrem Rücktritt, sollte Brandt sich mit dem obersten Kommunisten treffen. Auch sein Argument „besser kleine Schritte als große Worte“ wurde von der CDU mit der Antwort „die Wunde muss offen bleiben“ abgebugelt. Brandt fluchte resigniert: „Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht den Menschen nutzt.“ Sein damaliger Pressesprecher Egon Bahr, über den der Kontakt zustande gekommen war, erinnert sich, dass es ein „schwerer Gang“ war, den Gewährsmann der sowjetischen Botschaft zu treffen und ihm die erneute Absage Brandts überbringen zu müssen.

Brandt ärgerte sich, dass er sich in einem solchen Maße hatte beeinflussen lassen, nahm sich vor, künftig absolut unerpressbar zu sein, und ging umso entschlossener in den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus. Auch große Teile der Bevölkerung waren empört über das Verhalten der CDU, und am 17.2.1963, bei der ersten Abgeordnetenhauswahl nach dem Mauerbau, verbesserte die SPD ihr Wahlergebnis nochmals auf über 61,9% der Stimmen, ein noch höherer Anteil als die Hamburger SPD 2011 mit Olaf Scholz erreicht hat.

Im Juni 1963 bequeme sich endlich der Präsident der U.S.A. nach Berlin, was bei den West-

Berlinern große Hoffnung weckte. Aus seiner umjubelten Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses wurde eine Äußerung legendär: „Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz: ‚Ich bin ein Bürger Roms‘. Heute, in der Welt der Freiheit, ist der stolzeste Satz: ‚Ich bin ein Berliner.‘“ Für noch bedeutender hält ARD-Journalist und Brandt-Biograph Peter Merseburger die Rede, die Kennedy später an der FU hielt. Er sagte, in dieser schwierigen Situation käme alles darauf an, „dass ihr den Kontakt zum Osten nicht abbrechen lasst, sondern ihn sucht“.

Im Sinne solcher Bemühungen konnte Brandt in Verhandlungen mit Ulbricht immerhin erreichen, dass Westdeutsche ihre Verwandten in der DDR wieder besuchen durften. Er befand sich allerdings in einem Interessenskonflikt: Einerseits wollte er Kontakt zur DDR und anderen osteuropäischen Staaten auf- und ausbauen und war wesentlich stärker um Annäherung bemüht als die Bundesregierung und die Westalliierten. Andererseits durfte er nicht zu deutlich den Eindruck erwecken, eine eigene Außenpolitik zu betreiben, da dies die Behauptung der Sowjets bestätigt hätte, West-Berlin wäre eine ‚eigenständige politische Einheit‘ und keineswegs Teil der Bundesrepublik.

Ein knappes halbes Jahr nach seiner legendären Rede im Rathaus Schöneberg wurde John F. Kennedy ermordet. Die Hintergründe sind bis heute mysteriös und von den wildesten Theorien umrankt.

Als 1964 Chruschtschow abgesägt und Leonid Breschnew zum Sowjet-Diktator gekürt wurde, änderte sich für Brandt und die westdeutsche Führung nicht viel – außer dass der neue Regierungschef weniger reformfreudig war, eine Phase des Neostalinismus einleitete und wie sein Vorgänger die Meinungsfreiheit unterdrückte – was jegliche Veränderungen bremste und für Brandts Politik nicht eben eine Erleichterung bedeutete. Breschnews Ära wird im Nachhinein – unter anderem von Michail Gorbatschow – als „goldenes Zeitalter der Stagnation“ bezeichnet.

Zur nächsten Bundestagswahl 1965 wurde Brandt, nun nach dem Tod Erich Ollenhauers Bundesvorsitzender der SPD und nach wie vor Regierender Bürgermeister West-Berlins, erneut Kanzlerkandidat und führte einen volksnahen Wahlkampf, in den er, ähnlich wie zuvor Kennedy, auch seine junge Familie einbezog. Auch Brandts Ehefrau Rut war bereits eine große Sympathieträgerin, und so konnte sich Willy Brandt durch seine Nähe zu den Menschen als Politiker zum Anfassenden präsentieren. Als er im Wahlkampf 1961 mit seinem 12-jährigen Sohn Peter im offenen Cabrio durch die Dörfer gefahren war und hunderte Anhänger ihn euphorisch begrüßten, hatte eine Frau lautstark „Willy go home!“ gerufen. Seinen irritierten Sohn hatte Brandt daraufhin beruhigt: „Man kann nicht nur Freunde haben.“ Brandt wurde auch von namhaften Schriftstellern und anderen gebildeten Prominenten öffentlich unterstützt.

Trotz vieler begeisterter Anhänger unterlag er bei der Wahl 1965 Ludwig Erhard, der den zurückgetretenen Adenauer zwischenzeitlich im Kanzleramt beerbt, das Wirtschaftswunder eingeläutet und somit für neuen Wohlstand gesorgt hatte. Brandt zog sich vorläufig aus der Bundespolitik zurück und machte keinen Hehl aus seiner Enttäuschung darüber, dass man früheren Nazis ihre Vergangenheit verzieh, während seine Vergangenheit ständig gegen ihn ausgelegt und für Diffamierungskampagnen benutzt wurde. Sein Freund Egon Bahr resümiert: „Es gibt eine Mischung aus Gemeinheit, Heuchelei und Infamie, die hilflos macht, besonders Menschen, denen die Natur eine empfindsame Seele gegeben hat, von einer robusten Schale kaum geschützt.“

Als 1966 die schwarz-gelbe Regierungskoalition unter Erhard auseinanderbrach und die F.D.P. der SPD Koalitionsbereitschaft signalisierte, trat Willy Brandt als Regierender Bürgermeister zurück und ging mit seiner Frau und den beiden jüngeren Söhnen nach Bonn, wo er erneut einen äußerst engagierten Wahlkampf führte. Er erinnerte in Reden daran, dass die SPD die Partei war, die Deutschland „niemals in den Krieg geführt“ und „niemals Terror und Knechtschaft über unser Volk gebracht“ hätte. „Die Geschichte lehrt: Wenn die Sozialdemokraten von der Verantwortung ausgeschaltet waren, ging es mit unserem Vaterland nie bergauf, sondern bergab.“ Brandt hatte Erfolg und wurde ohne Bundestagsmandat Außenminister und Vizekanzler in der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Doch die Politik wurde von Teilen der Bevölkerung zunehmend als zu konservativ wahrgenommen, und unter anderem aus dem Unmut über die mangelnde Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erwuchs 1968 die berühmte 68er-Protestbewegung, die keineswegs, wie die Springerpresse es gerne darstellt(e), hauptsächlich aus protestierenden Chaoten bestand, sondern von einer breiten, gebildeten und demokratisch eingestellten Schicht getragen wurde, die sich auch mit der Politik Willy Brandts identifizierte und diesen im nächsten Wahlkampf unterstützte.

Ebenfalls 1968 bewies Leonid Breschnew deutlich, dass sein Regime auch vor brutaler Gewalt nicht zurückschreckte, als der kommunistische Regierungschef Alexander Dubček den Versuch der Lockerung der Diktatur in der Tschechoslowakei unternahm (der Prager Frühling) und Breschnew diese Fortschrittsbemühungen im August durch eine halbe Million Soldaten aus der UdSSR, Polen, Ungarn und Bulgarien blutig niederschlagen ließ. Auch Walter Ulbricht, der sich für die Niederschlagung eingesetzt hatte, schickte zwei kampfbereite NVA-Divisionen an die Grenze, die aber – entgegen der damaligen Darstellung in der europäischen Presse – nicht zum Einsatz kamen. Über die Gründe dafür sind die Historiker sich uneins.

Bei der Wahl 1969 wurde Brandt zum dritten Mal Mitglied des Bundestages und diesmal auch Bundeskanzler – mit einer dünnen Mehrheit. Gegen den Willen seiner Parteigenossen Herbert Wehner und Helmut Schmidt tauschte er allerdings den bisherigen Koalitionspartner CDU gegen die F.D.P. aus, so dass Walter Scheel Außenminister und Vizekanzler wurde. Brandt sagte in seiner ersten Regierungserklärung: „Wir suchen keine Bewunderer, wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben.“ Sein legendärer Satz „wir wollen mehr Demokratie wagen“ – der die CDU empörte, da diese der Meinung war, bereits eine ganze Menge Demokratie gewagt zu haben – sowie seine „neue Ostpolitik“, maßgeblich von Egon Bahr, jetzt Staatssekretär im Bundeskanzleramt, mitgetragen, ließen nicht nur frische Luft in das vermiefte Nachkriegsdeutschland, sondern brachten nun auch auf Bundesebene das stetige aktive Bemühen in Gang, in kleinen Schritten die innerdeutsche Grenze durchlässiger zu machen und auf die Wiedervereinigung hinzuwirken.

Dazu diente unter anderem ein Treffen mit dem ebenfalls annäherungsinteressierten DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph in Erfurt im März 1970, bei dem mehrere tausend Brandt-Anhänger mit Sprechchören „Willy Brandt ans Fenster!“ vor dem Hotel Erfurter Hof Ärger mit der Volkspolizei riskierten. Brandt trat tatsächlich ans Fenster und beruhigte die Menge, um die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu einer Eskalation führen zu lassen. Von konservativer Seite im Bundestag

hagelte es für das Treffen heftige Kritik. Und auch zu den Westalliierten musste Brandt die Beziehungen pflegen, um mit seiner Ostpolitik akzeptiert zu werden. Dies gelang ihm offenbar – so die Ansicht des späteren U.S.-Außenministers Henry Kissinger, der im Nachhinein über die Ära Brandt sagt, die deutsch-amerikanischen Beziehungen wären niemals besser gewesen.

Noch mehr Feinde im eigenen Land machte sich Brandt, als er 1970 Leonid Breschnew in Moskau besuchte und mit ihm nach schwierigen Verhandlungen die Ost-Verträge unterzeichnete, in denen er unter anderem die aktuellen territorialen Grenzen anerkannte, was besonders für das polnische Volk von größter Bedeutung war. Doch Brandt wusste der Skepsis ohne Pathos beizukommen, als er noch in Moskau in einer Fernseh-Ansprache sagte: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen. Dies soll vor allem der jungen Generation zugute kommen, die im Frieden und ohne Mitverantwortung für die Vergangenheit aufgewachsen ist, und die dennoch die Folgen des Krieges mittragen muss – weil niemand der Geschichte seines Volkes entfliehen kann.“ Der ARD-Journalist Friedrich Nowotny bezeichnet diese Zeit als „äußerst spannungsgeladen“, denn es gab ein von Franz Josef Strauß angestacheltes und von Vertriebenen unterstütztes politisches Lager, das erbittert gegen Brandts Entspannungspolitik kämpfte („Brandt an die Wand!“) und der Regierung vorwarf, die Machtposition der Sowjetunion unnötig zu stärken.

Bei einem Besuch des Warschauer Ghetto-Mahnmahls brachte Brandt im Dezember 1970 mit seinem spontanen Kniefall, mit dem er die Opfer des Nationalsozialismus stellvertretend für das deutsche Volk um Vergebung bat, weltweit und besonders im Ostblock Politiker zur Änderung ihrer skeptischen Haltung gegenüber der Bundesregierung. Mit dieser Geste, die mit großer Bewegung wahrgenommen wurde, vollzog die Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel eine weitere, bedeutende Etappe auf dem langen Weg zur Wiedervereinigung, und Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis. Im selben Jahr führte er mit Breschnew mehrtägige Gespräche in dessen Ferienhaus auf der ukrainischen Halbinsel Krim, wobei die beiden Regierungschefs in einer den Umständen entsprechend freundlichen und konstruktiven Gesprächsatmosphäre ihre Positionen austauschten und einen regen Briefwechsel begannen.

Widerum sehr umstritten war der gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene ‚Radikalerlass‘, der Mitglieder extremistischer Organisationen vom öffentlichen Dienst ausschloss und sich etwas zu auffällig gegen die DKP richtete (und später von Brandt selbst als Fehler bezeichnet wurde), was die Opposition wiederum sehr begrüßte. Brandt wollte die Maßnahme als Bollwerk gegen eine kommunistische Unterwanderung des öffentlichen Dienstes verstanden wissen.

Aufgrund der umstrittenen Regierungspolitik waren bis 1972 so viele Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen unter Protest zur Union gewechselt, dass diese nun über eine absolute Mehrheit der Sitze verfügte und versuchte, Willy Brandt per Misstrauensvotum abzulösen und den eigenen Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel zum Kanzler zu wählen. Der DDR-Regierung war dieser aber wesentlich weniger geheuer als Brandt, und das MfS bestach zwei Unionsabgeordnete, nicht für Barzel zu stimmen, so dass das Votum überraschend scheiterte und Brandt im Amt blieb. Da er ohne Mehrheit aber nicht mehr handlungsfäh

hig war, stellte er die Vertrauensfrage, die dazu führte, dass Bundespräsident Gustav Heinemann den Bundestag auflöste. Bei der Neuwahl 1972 verbesserte die SPD ihr Ergebnis, und Brandt, dem dies als größter Erfolg seiner Karriere bescheinigt wurde, blieb Kanzler.

Im Wahlkampf hatte Willy Brandt sich völlig verausgabt und musste wegen einer Stimmbandentzündung ins Krankenhaus. Von dort aus konnte er die Koalitionsverhandlungen nur schriftlich führen und seine Interessen zu wenig durchsetzen. Inzwischen wirkte er außerdem amtsüde, und die überhöhten Erwartungen in ihn belasteten ihn ebenso wie die Ölkrise und ein harter Konflikt mit der ÖTV (einer der Vorgängergewerkschaften von ver.di).

Auf internationalem Parkett konnte Brandt hingegen etwas bewegen, als er dem von politischen Unruhen geschüttelten Portugal aus einer schwierigen Lage half. Das Militär hatte die seit 1933 bestehende Ein-Parteien-Diktatur gestürzt, eine Übergangsregierung gebildet, die letzten Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen und war im Versuch begriffen, demokratische Strukturen zu schaffen. Unter anderem um eine kommunistische Machtergreifung zu verhindern, unterstützte und begleitete die SPD 1974 die Gründung einer gemäßigt sozialistischen portugiesischen Partei, die später demokratisch regierte. Auch gelang es Brandt, sowohl die sowjetische als auch die U.S.-Regierung vom Verzicht auf eine militärische Intervention in Portugal zu überzeugen.

In Bonn blieb es für Willy Brandt dennoch schwierig. Den Rest gab dem erschöpften, gesundheitlich angeschlagenen und von Selbstzweifeln geplagten Bundeskanzler wiederum die Stasi, die ihm 1972 den Spion Günter Guillaume als persönlichen Referenten untergejubelt hatte, der im April 1974 enttarnt wurde, was eine schwere innenpolitische Krise verursachte, worauf Brandt am 7. Mai 1974 zurücktrat. Die Guillaume-Affäre wurde aber nur als Auslöser gesehen. Als wahre Gründe für Brandts Rücktritt gelten vielfältige Dinge wie Depressionen, Alkoholprobleme, Gerüchte über Affären mit Frauen, Kritik und Angriffe aus dem gegnerischen und aus dem eigenen Lager, besonders durch Dauerkonkurrent Herbert Wehner, sowie die Unlust, sich nochmals in einem Bundestagswahlkampf den ständigen Diffamierungen durch die Union auszusetzen. Als Brandt seinen Rücktritt bekanntgab, hatte seine Fraktion einen Blumenstrauß vorbereitet, der zur Überreichung nicht einmal aus der Cellophanhülle genommen wurde. Diese Geste der Gleichgültigkeit sowie eine heuchlerische Rede Wehners, die Fraktion stehe hinter Brandt, ließ Brandts Freund Egon Bahr, inzwischen Minister für Besondere Aufgaben, in Tränen ausbrechen.

Nachfolger im Kanzleramt, nachdem Walter Scheel die Geschäfte kurzzeitig geführt hatte, wurde der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt, Scheel wurde zum Bundespräsidenten gewählt, und Hans-Dietrich Genscher wechselte vom Innen- in das Außenressort, das er mit einer kurzen Unterbrechung für 18 Jahre innehaben sollte. Brandt blieb jedoch politisch aktiv: Er war nach wie vor Parteivorsitzender und Bundestagsabgeordneter, und seine Worte fanden international Gehör. So begleitete er ab 1975 wie zuvor in Portugal nun auch in Spanien erfolgreich den Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie.

1976 wurde Brandt Präsident der Sozialistischen Internationale. Nach einer Pause aufgrund eines Herzinfarkts im November 1978 ließ sich Brandt 1979 in das Europäische Parlament wählen und betätigte sich nun ohne Druck der Kanzlerschaft aber kraft seiner weltweiten Autorität auf ver-

schiedenen politischen Feldern, insbesondere außenpolitisch. 1977 übernahm er den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission, deren Abschlussbericht „Das Überleben sichern“ zu den Problemen in der Dritten Welt 1980 als Brandt-Report in die Geschichte einging. 1979 traf sich Brandt zu Gesprächen mit Bruno Kreisky und Yasir Arafat.

Privat lief es hingegen nicht mehr so gut wie während der Kanzlerschaft, als seine Frau ihm den Rücken freigelassen und ihn nach allen Kräften unterstützt hatte: Nach seinem Rücktritt hatte das Ehepaar sich auseinandergeliebt, und Willy Brandt war 1979 eine Beziehung mit seiner Parteifreundin, der Journalistin Brigitte Seebacher eingegangen, woraufhin Rut Brandt sich 1980 scheiden ließ. Sie blieb weiter eine Person des öffentlichen Lebens in Bonn, begegnete ihrem Ex-Mann jedoch nie wieder. 1983 heiratete Willy Brandt seine Lebensgefährtin Brigitte. Auch zu seiner Tochter Ninja aus seiner ersten Ehe hatte Brandt noch Kontakt und lud zu Urlaube in seinem Haus in Südfrankreich auch seine kleine norwegische Enkeltochter ein.

Ebenfalls 1983 meldete sich Brandt mit Kritik am NATO-Doppelbeschluss zu Wort: „Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Mittel zur Massenvernichtung, wir brauchen weniger.“ Hintergrund war eine Vereinbarung der NATO-Staaten einschließlich der Bundesrepublik unter Kanzler Helmut Schmidt, Westeuropa mit amerikanischen Mittelstreckenraketen hochzurüsten, was bedeutete, dass an mehreren südwestdeutschen Standorten Pershings aufgestellt werden sollten, die im Fall eines kriegerischen Angriffs aus Warschauer-Pakt-Staaten zum Einsatz kommen und mit Nuklearsprengköpfen in Richtung Sowjetunion abgeschossen werden sollten. Damit wollten die Amerikaner der militärischen Übermacht der Sowjetunion, die in Osteuropa bereits auf Westeuropa gerichtete Raketen aufgestellt hatte, etwas entgegensetzen. Der öffentliche Protest, aus dem eine bundesweite Friedensbewegung hervorging, mit der Willy Brandt eng verbunden war, konnte nicht verhindern, dass ab Dezember 1983 tatsächlich amerikanische Raketen in Westdeutschland aufgestellt wurden.

1984 sprach Brandt mit Fidel Castro, mit Deng Xiaoping und erstmals mit dem sowjetischen Reformpolitiker Michail Gorbatschow, 1985 mit Erich Honecker. Als der sympathische und in der Bevölkerung beliebte neue Staatschef Gorbatschow Anfang 1986 unter dem Schlagwort Perestroika (Umbau) den sowjetischen Staatsapparat zu modernisieren begann, die Pressezensur entschärfte und für Glasnost (Offenheit) sorgte, witterte Honecker „Konterrevolution“, also seinen Machtverlust, fand plötzlich gar nicht mehr, dass „von der Sowjetunion lernen Siegen lernen“ heißt, forderte Maßnahmen gegen sowjetische Schriftsteller, die im Westfernsehen auftraten, ließ sowjetische Filme und Zeitschriften in der DDR verbieten und protestierte beim Sowjet-Botschafter – zu spät. Gorbatschow ließ ihn abblitzen.

Der Fall der Mauer 1989 war eine erste Erfüllung dessen, wofür Willy Brandt sich seit Kriegsende maßgeblich und unerlässlich eingesetzt hatte. Der inzwischen 76-jährige, der im März 1987 nach Meinungsverschiedenheiten vom Parteivorsitz zurückgetreten (Nachfolger: Hans-Jochen Vogel) und im Juni zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt worden war, setzte sich aber nicht zur Ruhe, sondern korrespondierte lebhaft mit Michail Gorbatschow und konnte diesem die Bedenken gegen die deutsche Wiedervereinigung nehmen. Nach der Wiedervereinigung 1990 trat Brandt vehement für einen Regierungsumzug nach Berlin ein.

Keine anderthalb Jahre, nachdem Brandts schwerkranker Freund Bruno Kreisky gestorben war und

Brandt in Wien die Grabrede gehalten hatte („Lebwohl, mein lieber, schwieriger Freund“), erkrankte Willy Brandt im Oktober 1991 an Krebs. Nach einer erfolgreichen und einer zweiten, erfolglosen Operation zog sich Brandt 1992 mit seiner Frau in sein Haus südlich von Bonn zurück und legte die Präsidentschaft der Sozialistischen Internationale nieder. Er gab Vizepräsident Felipe González Márquez auf den Weg: „Besinnt Euch darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll!“

Am 20. September suchte Michail Gorbatschow Brandts Haus zu einem Überraschungsbesuch auf. Da Brigitte Seebacher-Brandt dem Besucher, der sich an der Sprechanlage als Gorbatschow meldete, nicht glaubte und einen billigen Scherz vermutete, ließ sie ihn nicht ein, und Brandt und Gorbatschow bekamen sich nicht mehr zu Gesicht.

Am Nachmittag des 8. Oktober 1992 starb Willy Brandt einige Wochen vor seinem 79. Geburtstag. Sein Ehrengrab befindet sich neben dem von Ernst Reuter auf dem Waldfriedhof Zehlendorf an der Potsdamer Chaussee in Nikolassee, wo sich auch das Grab seiner langjährigen Ehefrau Rut befindet, die Jahre nach seinem Tod nach Berlin zurückkehrte und 2006 starb.

Die drei gemeinsamen Söhne sind heute ebenfalls bedeutende Personen: Der älteste Sohn Peter Brandt (62), der 1966 nicht mit der Familie nach Bonn zog, sondern als 18-jähriger kurz vor dem Abitur stand und in Berlin blieb, ist Professor für Geschichte und unterrichtete bereits an verschiedenen deutschen Universitäten. Sein Bruder Lars Brandt (59) ist Schriftsteller, Filmemacher und Künstler in Bonn. Der jüngste Bruder Matthias Brandt (49) ist Schauspieler und spielt beispielsweise im Fernsehfilm ‚Im Schatten der Macht‘ von 2003 über den Rücktritt Willy Brandts den DDR-Spion Günter Guillaume sowie neuerdings einen Ermittler in der Serie ‚Polizei 110‘. Willy Brandts dritte Ehefrau Brigitte (64) ist seit 2003 mit Bankmanager Hilmar Kopper (75) verheiratet, der nach der Ermordung des Vorstandssprechers Alfred Herrhausen 1989 dessen Tätigkeit an der Spitze der Deutschen Bank übernahm und später Aufsichtsratsvorsitzender bei DaimlerChrysler wurde.

Nachdem die Bundesgeschäftsstelle der SPD in Bonn seit 1975 im Erich-Ollenhauer-Haus beheimatet war, stand Mitte der 90er-Jahre der Umzug nach Berlin an. Da der Lindenhof in der Lindenstraße 3 in Kreuzberg, an dem die SPD von 1914 bis 1933 beheimatet gewesen war, abgerissen ist und das Grundstück nicht zur Verfügung stand, zog man in ein nahe gelegenes, eigens neu errichtetes Gebäude an der Wilhelm-Ecke Stresemannstraße, das im Mai 1996 feierlich als Willy-Brandt-Haus eingeweiht wurde.

Als 1997 die Straßen im neuen Berliner Regierungsviertel angelegt wurden, entschied man sich, die Straße direkt vor dem Kanzleramt nach Willy Brandt zu benennen, während Konrad Adenauer mit der Straße gegenüber vor dem Paul-Löbe-Haus geehrt wurde.

Stationen aus dem Leben Willy Brandts sind in einer Ausstellung dokumentiert, die im Forum Willy Brandt, Unter den Linden 62-68, zu sehen ist (momentan als Provisorium), begleitet von einem Filmporträt sowie von wechselnden Sonderausstellungen. Der Eintritt ist kostenlos. Voraussichtlich im Juni 2012 wird an gleicher Stelle die jetzt im Aufbau befindliche, umfassende und multimediale präsentierte Ausstellung über das Leben Brandts eröffnet.

Axel Rühle